



Noch ehe der Hahn kräht, wirst Du mich dreimal verraten

Antisemitismus unter Juden

von

HEINZ GESS

Viele Juden verfechten (scheinbar) eine konsequent universalistische Moral gerade, wenn sie sich als Wissenschaftler und Philosophen äußern, wie kürzlich wieder in der Erklärung der 25. Sie sehen in dem konsequenten Bestehen auf einem universalistischen "moral point of view" die einzig richtige Konsequenz aus der zweitausendjährigen Geschichte der Verfolgung der Juden.

Dagegen ist von unserer Seite gar nichts einzuwenden. Einzuwenden ist aber etwas dagegen, dass dieser konsequent "universalistisch - moralische Standpunkt", den sie für sich reklamieren, nahezu immer zu Schlussfolgerungen und Ratschlägen an den Staat Israel kommt, die, würden die Israelis darauf eingehen, das Ende Israels und das Massaker an den dort lebenden Juden bedeuten würde. So drängt sich der nicht auszulöschende Eindruck auf, die Existenz des jüdischen Staates, das Asyl der verfolgten Juden in aller Welt in der Form eines hochgerüsteten Nationalstaates, der sich gegen seine Verfolger, die auf Vernichtung sinnen, verteidigen kann, sei mit der universalistischen Menschheitsmoral unvereinbar, die Existenz aller anderen Nationalstaaten, insbesondere jener, in der diese "wohlmeinenden" Juden leben (Englands, Frankreichs, Deutschlands), aber nicht.

Diese These ist nicht ganz neu. Bisher aber erkannte man daran, dass er "den Juden" bzw. "Zionisten" zum Feind der Menschheit erklärte, der selbst schuld daran sei, wenn er aus der Menschheit ausgeschlossen bzw. sich selbst durch die „Mauer ausschließe, den Antisemiten und (christlichen oder moslemischen) Judenhasser. Heute aber wenden es die jüdischen Intellektuellen, von denen Brumlik spricht, so, als sei diese judenfeindliche Feststellung die Konsequenz eines "universalistischen moralischen Standpunktes" und als könnten sie damit keine Antisemiten sein? Wie auch, wo sie doch selbst Juden sind. Weit gefehlt! Denn gewiss können auch Juden Antisemiten sein, und gewiss ist der jüdisch stämmige Grosser, ein glühender französischer Nationalist und germanophil, ein jüdischer Antisemit und Antizionist. Er hält es mit den herrschenden Mächten, die ihm Brot und Prestige geben und weiß alle seine Stellungnahmen so zu wenden, dass diese Mächte und ihre Interessen immerzu auf der Seite der "universalistischen Moral" und des Guten schlechthin sind. Es scheint in Grossers Welt so etwas wie eine prästabilisierte Harmonie zwischen dem moral point of view und der französischen bzw. europäischen Politik Solanas zu geben. Auf den

Gedanken, dass er sich damit nur als ein bornierter (klein-) bürgerlicher, nationaler Ideologe und kollektiver Narziss erweist kommt er nie.

Das alles spricht nicht gegen den universalistischen moral point of view. Wer nur recht gescheit ist und gelernt hat und sich seines Verstandes zur Rationalisierung seines besonderen Interesses als eines allgemein menschlichen zu bedienen weiß, der kann sich den universalistischen moral point of view stets erschleichen. Er braucht eben nur die Unwahrheit zu sagen – aber das eben so, dass die Unwahrheit nicht sogleich auffällt, möglicherweise er sich sogar selbst von der Lüge überzeugen kann. Manchmal reicht auch schon das bloße Verschweigen wichtiger Aspekte der Realität, um die praktizierte Unmoral als hochmoralisch erscheinen zu lassen und im vorgeblichen Licht der universalistischen Moral erklärten Mördern ideologische Unterstützung gewähren zu können. Was Stellungnahmen zu Israel im Allgemeinen und der Politik israelischer Regierungen im Besonderen angeht, heißt das: man braucht nur hartnäckig genug verdrängen, dass die Feinde Israels, die Hamas, die Hisbollah, das iranische Regime, Syrien, Al Kaida etc. erklärte Vernichtungsantisemiten sind, deren Vernichtungswille und Vernichtungspropaganda denen Nazideutschlands in nichts nachsteht, und schon kann man den Staat Israel und sämtliche israelische Regierungen wegen ihrer „Unmoral“ verurteilen. Man muss nur über die wirklichen Gründe, die zum Bau des Schutzzaunes geführt haben und ihn in völliger Verkehrung der wirklichen Situation mit der „Berliner Mauer“ vergleichen, wie das in der deutschen Presse immerzu geschieht, und schon kann man „die Zionisten“ mit stalinistischen Betonköpfen und die „Westbank mit dem Archipel Gulag gleichsetzen und von einem „universalistischen moralischen Standpunkt“ lauthals über solche Praktiken beschweren und Israel mit internationaler Ächtung drohen.

Aber der universalistische moralische Standpunkt ist erschlichen. Er ist Lüge bzw. Rationalisierung der Lüge, bloßen Ideologie. Das Beste, die universalistische Moral freier Menschen, wird verraten, um sich mit den realen Verhältnissen gemein zu, die dem moral point of view nicht standhalten können, sondern unnachgiebig zu kritisieren sind, und seine eigene Gemeinheit als höhere universalistische Moral auf den Markt werfen zu können. Warum nur sollten Juden, die nicht in Israel, sondern in Europa leben, dieses Spiel nicht mitspielen? Sie sind hierzulande nicht nur nicht in Gefahr, sondern werden als jüdische Zeugen gegen Israel sogar ganz besonders hofiert und Preisen bedacht, sofern dieses Spiel nur mitspielen. Zurzeit ist „der internationale Jude“ nicht der Jude in der Diaspora, sondern „der internationale Jude“ ist Israel und sind jene Menschen, die Israel aktiv unterstützen und Zionisten genannt werden. Auf Israel und dies Zionisten konzentriert sich der ganze Judenhass. Damit sind jene Juden, die in der „Diaspora“ leben, sich mit ihrem dortigen „Vaterland“ identifizieren, (vorübergehend) aus der Schusslinie des Hasses. Sie dürfen nur nicht den „Fehler“ machen, für Israel Partei zu ergreifen und in den Verdacht des Zionismus zu geraten. Man kann es ihnen nicht recht verübeln, wenn sie dieser Versuchung nachgeben. Denn wer möchte schon gerne in der Schusslinie des Hasses sein? Aber kein Verständnis ist dafür aufbringen, dass die Damen und Herren die gute Gelegenheit, die sich ihnen bietet, durch die Existenz des Staates Israel selbst aus der Schusslinie zu geraten, dazu benutzen, sich auch noch mit den Schützen, die auf Vernichtung sinnen, gemein zu machen und dafür noch den Standpunkt der universalistischen Moral zu reklamieren.

Antisemitismus unter Juden?

von

MICHA BRUMLIK

Der auf den ersten Blick unentwirrbare Konflikt, in den der jüdische Staat aufgrund der Bedrohung durch einige seiner Nachbarn, seiner völkerrechtswidrigen, im einzelnen oft menschenrechtswidrigen Besatzungs- und Siedlungspolitik im Westjordanland sowie eines immer wieder aufflammenden palästinensischen Terrors geraten ist, führt auch in der jüdischen Diaspora zu gruppenbezogenen Feindschaften. Sie gipfeln neuerdings in Vorwürfen, jüdischer Antisemit zu sein.

Der Vorwurf gilt etwa Alfred Grosser, der als Kind in die französische Emigration getrieben wurde, über die von ihm stets betonte jüdische Herkunft hinaus in jüdischen Angelegenheiten eher unbewandert ist. Grosser bekundet, gerade der erlittenen Verfolgung wegen besondere Lehren gezogen zu haben: Etwa eine Solidarität mit deutschen Opfern des Zweiten Weltkrieges, "weil wir von keinem jungen Deutschen verlangen konnten, das Ausmaß von Hitlers Verbrechen zu verstehen, wenn wir nicht Verständnis zeigten für das Schicksal der Seinen". Jude sein - das gipfelt für Grosser, der nach eigenem Bekenntnis ein echter, "sein Vaterland liebender Franzose" geworden ist, darin, aus der Erfahrung eigener Verfolgung ein konsequent moralischer Universalist sein zu sollen. Dabei positioniert sich Grosser zu grundlegenden Fragen der israelischen Existenz, ohne zu berücksichtigen, dass er die Folgen seiner Vorschläge nicht zu tragen hat. So bringt er mehr oder minder deutlich das "Rückkehrrecht" der Palästinenser ins Spiel, wohl wissend, dass die vollzogene Rückkehr das Ende des jüdischen Staates wäre.

Der Fall des ebenfalls von jüdischen Organisationen wie dem American Jewish Committee (AJC) angegriffenen Tony Judt stellt sich anders dar. Judt, Direktor des Remarque Instituts an der New York University, ein glänzender Kenner der europäischen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg, machte sich dadurch missliebiger, dass er schon vor bald drei Jahren das Scheitern der Friedensbemühungen im Zeichen der Roadmap feststellte und angesichts der demografischen und siedlungsgeografischen Trends für das vermeintlich Undenkbare eintrat: für einen jüdisch-palästinensischen, binationalen Staat, wie er nicht wenigen linken Zionisten, etwa Martin Buber bis 1948, vorschwebte.

Diese Vorstellung ist, das dürfte auch Judt bewusst sein, nach bald einhundert Jahren Hass und Gewalt zwischen Juden und Palästinensern höchst unrealistisch. Und auch Judt dürfte wissen, dass realpolitisch gesehen - wenn überhaupt - mittelfristig an einer Zweistaatenlösung nichts vorbeiführt. Denn obwohl der Nationalstaat weltweit als politisches Organisationsmodell strukturell längst überholt ist, werden wir doch auch in gemäßigeren Zonen Zeugen der immer neuen Gründung von bei ihrem Entstehen schon veralteten Nationalstaaten: so bei der einvernehmlichen Scheidung zwischen Tschechien und der Slowakei, so sogar bei den immer wieder neu aufflammenden Debatten und Abstimmungen in Nordamerika um die mögliche Unabhängigkeit der Provinz Quebec. Tony Judts Vorschlag, der als Jugendlicher eine hebräische Schule besuchte, im Haus seiner Großeltern mit

jiddischer Kultur erzogen wurde und nach der Schule ein Jahr in einem israelischen Kibbuz lebte, ist eher der Ausdruck politischer Verzweiflung vor dem Hintergrund einer lebenslang favorisierten linkszionistischen Utopie denn ein ernsthaftes politisches Programm.

Schließlich hat eine im Vereinigten Königreich gegründete Organisation, Independent Jewish Voices, eine in Tonfall und Inhalt höchst maßvolle Erklärung publiziert, die bisher etwa dreihundertfünfzig jüdische, meist akademische Persönlichkeiten unterschrieben haben, unter ihnen etwa der bekannte Historiker Eric Hobsbawm und der Dramatiker Harold Pinter - beides Persönlichkeiten, die sich übrigens - ähnlich wie Alfred Grosser - in ihrem bisherigen Leben nicht durch besondere Identifikation mit der jüdischen Gemeinschaft hervor getan haben. Brisant ist in der britischen Erklärung allenfalls die Unterstellung, dass mögliche Kritik an israelischen Regierungen als antisemitisch gebrandmarkt wird.

Damit ist man am schmerzhaftesten Punkt einer Debatte unter Juden angelangt: dem Umstand, dass einige Juden andere Juden als "Antisemiten" bezeichnen. Wer das tut, begeht jedenfalls keinen grundsätzlichen Fehler. Denn so, wie es frauenfeindliche Frauen oder schwulenfeindliche Homosexuelle gibt, kann es auch jüdische Antisemiten geben. Ob es sie gibt, ist eine empirische, keine grundsätzliche Frage. So dürfte es keine besondere Schwierigkeit bereiten, den ultraorthodoxen Wiener Rabbiner Moshe Aryeh Friedman, der an Ahmadinedschads Holocaustleugnungskonferenz teilgenommen hat, als jüdischen Antisemiten zu bezeichnen – obwohl er sich als Verkörperung eines wahren, radikal antizionistischen Judentums versteht, das den Staat Israel ablehnt, weil er Gottes messianischer Verheißung zuwiderlaufe.

Zuletzt ist auch eine "Berliner Erklärung" von fünfundzwanzig Jüdinnen und Juden zu nennen, die lange vor der Etablierung einer neuen, etwas gemäßigeren palästinensischen Regierung verfasst wurde. Unter den Unterzeichnern finden sich Ernst Tugendhat, einer der bedeutendsten deutschsprachigen Philosophen, der stets engagierte, in Toronto und Berlin lehrende Soziologe Prof. Michal Bodemann und der bekannte Bildungsforscher Wolfgang Edelstein. Sie beklagen, dass das aus Scham und Trauer geborene deutsche Schweigen gegenüber Israel weiteres Unrecht ermögliche.

Das "Hauptproblem" dieser Erklärung findet sich in Forderung an die Bundesregierung, "kurzfristig den Boykott der Palästinensischen Autonomiebehörde zu beenden". Die Erklärung übergeht die Gründe für den von EU und internationaler Gemeinschaft verhängten Boykott: die erklärte Weigerung der Hamas, die von ihren Vorgängerregierungen geschlossenen Verträge zu erfüllen. Sie unterschlägt auch das nach wie vor gültige politische Programm der Hamas, das sehr viel radikaler als die Programme anderer, auch und gerade islamistischer Parteien ausdrücklich antisemitisch-eliminatorisch ausgerichtet ist. Angesichts dessen kann man den UnterzeichnerInnen der Berliner Erklärung allenfalls zugute halten, sich nicht genügend informiert zu haben. Sonst müsste man ihnen vorhalten, den Antisemitismus der Hamas zumindest billigend in Kauf zu nehmen.

Die Gereiztheit der "innerjüdischen" Debatte dürfte sich vor allem daraus erklären, dass der Staat Israel durch die Entwicklung des iranischen Atomprogramms, begleitet von den Eliminationsdrohungen nicht nur Präsident Ahmadinedschads, derzeit der einzige Staat auf der Welt ist, der von einem atomaren Holocaust bedroht ist. Das mindestens wahrzunehmen fordert jede nüchterne politische Betrachtung, die mehr will, als wohlfeil und frei von allen Folgen universalistische Moral zu predigen.

